

## Sondervotum zu 5830 (Ausgaben Dachverband)

Der HHA hat sich in seiner 3. Sitzung am 08.02.2007 bei der Beratung des Titels 5830 auf Antrag des RCDS dafür ausgesprochen, die Ausgaben für den studentischen Dachverband auf null zu setzen. Bei der Abstimmung über den Titel wurde ich von den Vertreter des RCDS und der LSI überstimmt. Ich möchte nachfolgend darlegen und begründen, warum in diesem Titel weiterhin 20.000 € einzustellen sind.

Der FZS (Freier Zusammenschluss der StudentInnenschaften) ist immer wieder in der Kritik. Die Argumente, die von Seiten des RCDS und der LSI, aber auch von anderen, vorgebracht werden, sind zum Teil durchaus nachvollziehbar. So ist der Vorwurf der FZS würde in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit nicht deutlich genug als gemeinsame Interessenvertretung der Studentinnen und Studenten in Deutschland sichtbar, sicherlich nicht vollständig von der Hand zu weisen. Daraus jedoch den Schluss zu ziehen, aus dem studentischen Dachverband auszutreten, ist der falsche Weg. Vielmehr kommt es darauf an, den FZS von innen zu reformieren und ihn als Interessenvertretung der Studierenden zu stärken. Gerade in Zeiten der großen Umwälzungen und Reformen im Hochschulbereich, wie etwa der Einführung von allgemeinen Studiengebühren und der Umsetzung des Bologna-Prozesses, wäre es das falsche Signal, die studentische Interessenvertretung aufzulösen bzw. zu schwächen.

Neben der nicht immer vorhandenen Öffentlichkeitswirksamkeit wurde im Haushaltsausschuss von den Vertretern der LSI und des RCDS vor allem die hohe finanzielle Belastung der Studierenden durch die Beträge für den FZS angeführt. Diese belaufen sich zur Zeit jährlich auf etwa 0,50 € pro StudentIn. D.h., dass der Betrag, den die Studierenden pro Kopf für den FZS bezahlen, noch unter dem für die Erstellung des Semesterticketgutachtens liegt. Selbst wenn man die Fahrtkosten zu den Veranstaltungen des FZS hinzurechnet, ist das Gutachten mindestens ebenso teuer gewesen. Ein schlagkräftiger studentischer Dachverband, der die Interessen der StudentInnen gegenüber der Bundesregierung, den Landesregierungen und gegenüber der Hochschulrektorenkonferenz vertritt und artikuliert, ist jedoch mit Sicherheit noch mehr im Interesse der Studierenden als ein Gutachten eines Verkehrsinstitutes.

Darüber hinaus werden mit den geleisteten Zahlungen insbesondere diejenigen Studierendenschaften in ihrer politischen Arbeit unterstützt, die nicht das Glück haben, eigene Beiträge von den Studierenden zu erheben zu dürfen. Es handelt sich somit gewissermaßen auch um Solidarbeiträge. Ohne diese wäre es den Studierendenvertretungen in Bayern und Baden-

Württemberg, aber auch anderen kleinen Studierendenvertretungen in Bundesländern mit VS häufig nicht möglich, die Interessen der jeweiligen Studierenden ausreichend zu vertreten.

André Schnepper